

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die vergangenen beiden Wochenenden waren knüppelharte für die SPD. Da gibt es nichts zu beschönigen. Gerade erst hatte man die Niederlage bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein verdaut, da wurde in Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft, eine unserer geschätztesten Genossinnen, mit ihrer rot-grünen Koalition abgewählt.

Da die „Wahlkreispost“ meist etwas vor dem Montag fertiggestellt ist, an dem sie euch zukommt, konnte ich deshalb bisher keinen Bezug zu den beiden Wahlen nehmen. Ich finde aber, das ist notwendig. Und: Das schmerzt. Das ist ein Rückschlag. Es wäre unehrlich, etwas anderes zu sagen.

In dieser schwierigen Situation appelliere ich aber an euch: Lasst euch nicht unterkriegen! Sowohl die Landtagswahl in Schleswig-Holstein als auch die in NRW wurden – so leid es mir tut, das zu sagen – in den jeweiligen Ländern verloren. Auch, wenn wir – das muss man selbstkritisch sagen – selbst mit dazu beigetragen haben, dass die beiden Wahlen als Wegmarken zur Bundestagswahl gezählt werden, ist bis dahin noch ein langer Weg. Und es lohnt sich – immer! – zu kämpfen. Das hat die Landtagswahl 2016 bei uns in Rheinland-Pfalz gezeigt. Und: Wenn wir es nicht tun, wird es keiner für uns tun!

Oft wurde uns in den vergangenen Wochen vorgeworfen, man wüsste ja nicht, wofür die SPD und Martin Schulz stehen. Ich habe mich dabei oft gefragt, wie eigentlich die Bilanz der Großen Koalition aussähe, wenn die SPD – gegen den Willen der Kanzlerin und der CDU/CSU – nicht den Mindestlohn, die Rente ab 63 Jahren, die Beschränkung von Leiharbeit und Werksverträgen, gleichen Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit oder mehr Geld vom Bund für die Kommunen durchgesetzt hätte. Bei all diesen wichtigen Punkten, die das Leben von vielen spürbar verbessert haben, war die SPD der Tempomacher.



Und auch Martin Schulz hat in den Wochen nach seiner Nominierung als SPD-Kanzlerkandidat bereits einige wichtige Vorschläge gemacht, wie wir Deutschlands Wirtschaftskraft auch für die Zukunft erhalten, alle Menschen am gemeinsamen Wohlstand unseres Landes gerecht teilhaben lassen, gleiche Chancen für alle schaffen und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern können.

Wem das alles aber noch nicht genug war, wer immer noch glaubt, dass sei weniger als das schlichte „Sie kennen mich“ und „Weiter so“, das die Kanzlerin uns als Zukunftsentwurf für unser Land anbietet, der hat nun die Gelegenheit, ganz konkret zu erfahren, wofür die SPD bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 antritt: Der euch in dieser Ausgabe der „Wahlkreispost“ vorgestellte Entwurf des Regierungsprogramms der SPD zur Bundestagswahl zeigt, dass uns das nicht reicht. Wir wollen mehr! Mehr als den Mindestlohn. Und mehr als das, was bisher in der Großen Koalition trotz der blockierenden Haltung der Kanzlerin und ihrer Unionsparteien möglich war.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit. Das heißt: Mehr Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung von der Kita zur Hochschule und eine gebührenfreie Meisterausbildung. Mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – etwa in Straßen und Schienen auf denen viele Menschen täglich zur Arbeit fahren. Mehr Freiheit durch die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Mehr Respekt gegenüber der Lebensleistung bei Arbeitslosigkeit und neue Chancen durch ein Recht auf Weiterbildung. Mehr Fairness im Gesundheitswesen durch eine paritätische Bürgerversicherung, die von allen getragen wird und von der alle profitieren können. Mehr Sicherheit durch die Aussicht auf ein ruhiges Leben im Alter durch eine Rente, die die eigene Lebensleistung widerspiegelt. Und mehr Sicherheit im Alltag durch 15.000 neue Polizisten, die wir mit dem richtigen „Rüstzeug“ für ihre Arbeit ausstatten wollen und durch die Stärkung der Justiz, die für die konsequente Durchsetzung von Recht und Gesetz unverzichtbar ist.

Ihr merkt: Da ist auch ganz viel Rheinland-Pfalz drin! Etwa bei der gebührenfreien Bildung oder der Inneren Sicherheit – und auch die Wiederherstellung der Parität im Gesundheitswesen geht auf einen Vorschlag von Malu Dreyer zurück. Dafür und für vieles, vieles mehr, bin ich gerne bereit zu kämpfen. Ich hoffe, ihr seid dabei – Glück auf!

Eure Sabine



ES IST ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT!

SPD stellt ihr Regierungsprogramm 2017-2021 vor

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 15. Mai 2017 den Entwurf des Leitantrags für das Regierungsprogramm 2017 diskutiert. Der Entwurf wurde von der Programmkommission bestehend aus Katarina Barley, Manuela Schwesig und Thomas Oppermann erarbeitet. Der Parteivorstand wird den Entwurf weiter beraten und danach als Leitantrag für den Programmparteitag auf der Sitzung des Parteivorstandes am 22. Mai 2017 verabschieden. Die Diskussion und Verabschiedung des Regierungsprogramms erfolgt durch die Delegierten des Parteitages am 25. Juni 2017. Jetzt steht aber erst ein weiterer wichtiger Schritt zur Bundestagswahl am 24. September an: die Beratung des Regierungsprogramms.

ENTWURF DES LEITANTRAGS FÜR DAS REGIERUNGS- PROGRAMM 2017

SPD

Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land. Soziale Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand. Sie ist Kern des Regierungsprogramms. Und sie ist seit über 150 Jahren Kern sozialdemokratischer Politik. 2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Wahlen in diesem Jahr

sind grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel. Für diese Werte kämpft die SPD, wie sie es in ihrer langen Geschichte immer getan haben.

SPD

Viele Menschen sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht. Aber sie spüren, dass es in unserer Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den Hoffnungen ihrer Eltern und den Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die zusammenhält. Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns mit Respekt begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie. Dazu gehört, dass in unserem Land der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder stärker wird und der anständige Umgang untereinander nicht durch die politische Radikalisierung verloren geht. Die SPD will, dass die Menschen in Deutschland sicher leben können. Gerechtigkeit macht ein Land in vielerlei Hinsicht reicher.

Die SPD wird Einkommen und Chancen gerechter gestalten. Gesellschaften, die zusammenhalten und sozial gerecht sind, können Probleme besser meistern. Gerechte Gesellschaften sind wirtschaftlich erfolgreicher und innovativer. In gerechteren Gesellschaften sind die Menschen zufriedener und das gegenseitige Vertrauen ist stärker.

Die SPD sei eine kampfproben Partei. Gemeinsam werde man in den nächsten Monaten die Menschen überzeugen, Deutschland gerecht und zukunftsfest zu machen, so SPD-Kanzlerkandidatin Martin Schulz.

Der Entwurf des Regierungsprogramms kann [hier](#) abgerufen.

EIN JAHR ERFOLGREICHE REGIERUNGSARBEIT

Die rot-gelb-grüne „Ampel-Koalition“ feiert ihren 1. Geburtstag

Seit fast einem Jahr regiert diese rheinland-pfälzische Landesregierung. Unter dem Motto „sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch verantwortlich“ arbeiten SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an der Umsetzung ihres gemeinsamen Zukunftskonzepts für Rheinland-Pfalz. „Ziel unserer Regierungsarbeit ist, dass sich die Lebensverhältnisse der Menschen im Land spürbar verbessern. Das ist die Richtschnur unserer Arbeit!“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Sie bezeichnete die Zusammenarbeit der Koalition im Rahmen der heutigen Vorstellung der Regierungsbilanz als sachlich, fair und vertrauensvoll. Auch der stellvertretende Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Volker Wissing und Umweltministerin Ulrike Höfken bestätigten die gute und ergebnisorientierte Zusammenarbeit innerhalb der Regierungskoalition.



„Die Koalition wird getragen von der Bereitschaft der sie tragenden Parteien, Parteiinteressen stets hinter die des Landes zu stellen“, so Wirtschaftsminister Wissing. „Die unterschiedlichen Ansätze der Parteien machen die Stärke dieser Landesregierung aus. Wir repräsentieren die Vielfalt unseres Landes und bilden diese in unserer Politik ab“, sagte Umweltministerin Höfken. Mit Zukunftsinvestitionen in Bildung, Innovation, Infrastruktur, Digitalisierung, Umwelt- und Klimaschutz habe die Koalition das Land vorangebracht.



„Ein Viertel unseres Gesamthaushaltes fließt in die Bildung. Daran können Sie erkennen, wie wichtig uns dieses Thema ist. Gute Bildung für alle ist das wichtigste Fundament für eine gute Entwicklung jedes Einzelnen und unserer Gesellschaft“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Sie verwies insbesondere auf Maßnahmen, wie die Kompetenzanalyse und Berufsorientierungsprogramme, die jetzt an allen weiterführenden Schulen durchgeführt werden. So können junge Menschen ihre Stärken erkennen und dadurch den für sie richtigen Beruf oder das passende Studium finden. Weil Rheinland-Pfalz Ingenieurinnen und Ingenieure braucht, setzt die Ampel auf die MINT-Initiative zur Stärkung naturwissenschaftlicher Fächer. „Damit arbeiten wir auch an der Fachkräftesicherung für technische und naturwissenschaftliche Berufe“, betonte Malu Dreyer.

Besonders wichtig sei der Landesregierung, alles dafür zu tun, dass die Menschen sicher in Rheinland-Pfalz leben können. Nach dem Terroranschlag von Berlin hat die Landesregierung sofort konkrete Maßnahmen getroffen, um den Informationsaustausch zwischen den Behörden zu verbessern. „Polizei und Verfassungsschutz haben wir personell verstärkt und Präventionsprojekte ausgebaut“, so die Ministerpräsidentin.

Mit dem bundesweit ersten Digitalisierungskabinett, dem Digital-Dialog und der daraus resultierenden Digitalstrategie räume die Landesregierung der digitalen Vernetzung des Landes höchste Priorität ein. Bis zum Haushaltsjahr 2020 stelle die Landesregierung Fördermittel in Höhe von 124,7 Mio. Euro für den Breitbandausbau bereit. „Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Land der digitalen Vernetzung machen“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Wir haben im Bereich 100 Mbit/s eine deutlich bessere Abdeckung erreicht und liegen jetzt bei 60 Prozent.“

„Die Arbeitslosenzahlen in Rheinland-Pfalz sind die drittniedrigsten in ganz Deutschland, doch darauf ruhen wir uns nicht aus. Da jeder Arbeitsloser einer zu viel ist, weiten wir das Projekt zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aus“, sagte die Ministerpräsidentin. Mit dem Masterplan „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“ definiere die Regierung die Rahmenbedingungen für die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze, neue Qualifikationen und den Arbeitsschutz. „Rheinland-Pfalz soll ein Land des Miteinanders bleiben, deshalb kümmern wir uns um die Qualifizierung von Arbeitskräften ebenso wie um gute Pflege und bezahlbaren Wohnraum“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Engagement ist auch ein charakteristisches Merkmal von Gründerinnen und Gründern. Wirtschaftsminister Volker Wissing stellte zahlreiche Maßnahmen vor, wie er mit seiner Politik dieses Engagement unterstützt. „Ich will Rheinland-Pfalz zum gründerfreundlichsten Bundesland machen, das habe ich zu Beginn der Legislaturperiode gesagt und bin nun dabei, dies umzusetzen“, sagte der Wirtschaftsminister. „Mir geht es darum, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Start in die Selbstständigkeit zu schaffen“, so Wissing. Ein besonders effizientes Instrument, Gründungen zu fördern, sei der von ihm initiierte Meisterbonus, der von diesem Jahr an Meister und Fachwirte ausgezahlt werde. Dafür stünden im Haushalt 7,5 Millionen Euro bereit. Um den Weg in die Selbstständigkeit zusätzlich zu erleichtern, könne im Anschluss an die erfolgreich absolvierte Prüfung eine weitere Förderung in Höhe von 2.500 Euro, der sogenannte Meisterbonus II, beantragt werden. „Der Gang in die Selbstständigkeit sollte eine gleichwertige Alternative zu einer Anstellung sein und dazu leisten wir mit unserer Politik einen Beitrag“, betonte Wirtschaftsminister Volker Wissing.

Aber die Verkehrsinfrastruktur liege ihm am Herzen. So habe die Landesregierung die Investitionen in die Landesstraßen in dieser Legislaturperiode auf 600 Mio. Euro gesteigert. Die reinen Bauausgaben seien im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent beziehungsweise zehn Millionen Euro erhöht worden. Insgesamt stünden für den Bau und Erhalt von Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen in diesem Jahr rund 570 Mio. Euro zur Verfügung. „In Rheinland-Pfalz wird wieder investiert und gebaut, das ist die gute Nachricht an die Autofahrerinnen und Autofahrer sowie die Unternehmen im Land“, so Wirtschaftsminister Wissing. „Ich sehe es als meine Aufgabe an, Unternehmen, Handwerkern, Landwirten und Weinbauern die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit wir den Wohlstand unseres Landes für die nachfolgenden Generationen sichern.“



Entscheidende Umwelt- und Gesellschaftsfragen wie Integration, der Klimaschutz und zukunftsfähige Energien, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen oder auch gute Ernährung und Ökolandbau gehören weiter zu den großen politischen Zielen der Landesregierung und von Ulrike Höfken. Sie stellte dazu fest: „Unsere Umwelt, die Natur, die Arten und das Klima zu schützen, das ist notwendiger denn je. Die Hälfte der Brutvogelarten im Land und 65 Prozent der Schmetterlinge sind gefährdet, der Bestand von Bienenarten geht zurück und bereits 73 Prozent unserer Bäume sind geschädigt. Damit sind auch unsere Grundbedürfnisse wie reine Luft, sauberes Wasser und fruchtbare Böden gefährdet. Wir wollen diese Lebensgrundlagen bewahren und dafür sorgen, dass unser Land lebenswert bleibt.“

SPD-GEFÜHRTE LANDESREGIERUNG MACHT RHEINLAND-PFALZ ZUKUNFTSFIT

Seit genau einem Jahr regiert die „Ampel-Koalition“. Roger Lewentz, Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz, zieht eine positive Zwischenbilanz: „Die Zusammenarbeit klappt hervorragend und die Koalition steht fest zusammen. Unter Führung der SPD hat die Landesregierung im ersten Jahr zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die die Lebensverhältnisse der Menschen in unserem Land konkret verbessern. Dabei setzen wir mit dem neuen Doppelhaushalt Akzente bei wichtigen Investitionen, während wir dennoch sparen und so den Haushalt weiter konsolidieren. Wir führen Rheinland-Pfalz in eine moderne Zukunft, indem wir die Digitalisierung fördern und den Breitbandausbau konsequent vorantreiben. Wir setzen weiter auf gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und sorgen so für Chancengerechtigkeit. Zudem machen wir das Land noch sicherer: Mit den höchsten Einstellungsraten aller Zeiten bei der Polizei, mehr Geld für die Ausstattung unserer Sicherheitskräfte und einem entschiedenen Kampf gegen Cyberkriminalität sowie dem Ausbau der Prävention.“



Daniel Stich, SPD-Generalsekretär, ergänzt dazu: „Die Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz zeigt, wie erfolgreiches Regieren geht: Mit einem klaren Plan für ein modernes Land und entschiedenem Handeln in den wichtigen Bereichen. Während andere auf Abschottung setzen, sorgen wir für ein weltoffenes Rheinland-Pfalz und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir machen unser Land zukunftsfit: mit guter und

gebührenfreier Bildung, stark aufgestellten Sicherheitskräften und entschlossenem Anpacken bei der Digitalisierung. Unsere Devise ist die doppelte Sicherheit – soziale und innere Sicherheit. Daran werden wir in den kommenden vier Jahren konsequent weiterarbeiten.“

„Eine zentrale Aufgabe ist es daher, unabhängig von luftverschmutzenden fossilen Energieträgern zu werden und sie durch innovative umweltverträgliche Energiegewinnung zu ersetzen. Der Herausforderung der Energiewende stellen wir uns deshalb konsequent. Mit einem Anteil von etwa 47 Prozent an der Stromerzeugung im Jahr 2016 spielen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse bereits eine zentrale Rolle in der rheinland-pfälzischen Energieversorgung. In dieser Wahlperiode haben wir, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, einen Fokus auf den Wärmemarkt gelegt“, so Höfken weiter. Mit einem neuen Wärmekonzept für Rheinland-Pfalz bündelt das Umweltministerium Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien. Ein Beispiel ist das Programm "Leuchten fürs Klima". Damit können Kommunen ihre Stromkosten um 30 bis 50 Prozent senken und bis zu 70 Prozent ihrer CO₂-Emissionen einsparen. Mit neuen Wärmekonzepten, beispielsweise für die Region Eifel und Trier, werden Maßnahmen zur Umstellung auf Erneuerbare Energien mit den konkreten Akteuren in der Region in Verbindung mit der „Aktion Blau Plus“ entwickelt.

„Diese Landesregierung steht für ein weltoffenes, vielfältiges, tolerantes und demokratisches Rheinland-Pfalz, in dem jeglicher Form von Diskriminierung entgegengetreten und die gemeinsamen Werte der Gleichberechtigung, Vielfalt und des Respekts verteidigt werden. Die Integration ist für unsere gesamte Gesellschaft von großer Bedeutung und auch im ökonomischen Sinne eine große Chance“, unterstrich Staatsministerin Höfken. Das Land habe daher im vergangenen Jahr die Zahl der Sprach- und Integrationskurse nahezu verdoppelt. Zudem verbessere das Land die psychosoziale Versorgung traumatisierter Flüchtlinge konsequent weiter. Durch die Aufstockung der Haushaltsmittel auf jetzt 1,05 Mio. Euro in diesem Jahr ist die Einrichtung eines sechsten hochspezialisierten Versorgungszentrums in der Westpfalz möglich, was ein wichtiger Schritt hin zu flächendeckenden Therapieangeboten im Land ist.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigte sich von der Arbeit ihrer Koalition überzeugt. „Wir bringen unsere unterschiedlichen Vorstellungen und Stärken ein, um daraus gemeinsam eine noch bessere Politik für unser Land zu entwickeln“, so die Ministerpräsidentin. Das erste Jahr der Regierungskoalition sei zwar nicht frei von Problemen gewesen. Die Art des Umgangs damit habe aber nicht nur gezeigt, dass die Koalitionäre in der Lage seien, diese anzugehen, sondern auch deutlich die inhaltliche Geschlossenheit der Koalitionäre zum Ausdruck gebracht. „Wir haben Zusammenhalt bewiesen, gute Arbeit gemacht und das Land nach vorne gebracht, das ist es, was die Menschen von einer Regierung erwarten und das ist es, was diese Koalition praktiziert“, so Malu Dreyer.